

Brexit

Deal or no deal, das ist hier die Frage

Das britische Unterhaus steht vor der Abstimmung über das mit der EU ausgehandelte Brexit-Abkommen. Sind die identitären Vorstellungen der Brexiters die wirtschaftlichen Folgen wert? Sollte die Labour Party das Abkommen annehmen? Was bedeuten die verschiedenen Szenarien für dich und Europa? Wir stellen eine kurze Zusammenfassung des Abkommens vor. Eure Meinung ist gefragt. Also kommt vorbei und diskutiert mit!

1 Rahmen

Am 29. März 2017 teilte Premierministerin Theresa May dem Europäischen Rat die Absicht des Austritts offiziell mit. Michel Barnier wird als Verhandlungsführer eingesetzt.

Das EU Parlament und der Rat der EU müssen dem Abkommen zustimmen und das VK muss die Vereinbarung ratifizieren.

Der Austritt ist für den 29. März 2019 geplant.

Eine Übergangsphase ist bis Ende 2020 vorgesehen. Bis dahin bleiben die Briten im EU-Binnenmarkt und in der Zollunion.

2 Abkommen:

2.1 Finanzen und Übergang

Bis zum Ende der 2-jährigen Übergangsphase müssen EU-Regeln anerkannt und Mitgliedsbeiträge gezahlt werden. Stimmrechte entfallen ab dem Austrittsdatum.

Die Übergangsphase kann um weitere zwei Jahre verlängert werden.

Es ist noch nicht genau festgelegt was die Briten noch an die EU zahlen müssen. Es ist jedoch klar mit welcher Methode der Betrag berechnet wird.

2.2 Handel

GB kann die Zollunion nur nach Abschluss eines Freihandelsabkommens verlassen. Diese „Backstop“ genannte Lösung soll den brüchigen Frieden auf der irischen Insel wahren.

2.3 Bürgerrechte

EU-Bürger, die in GB leben und Briten, die in der EU leben dürfen vor Ort arbeiten und studieren. Wenn sie in ein anderes Land ziehen, haben sie weiter Anspruch auf Krankenversicherung, Rente und Sozialleistungen. Familienmitglieder dürfen weiterhin nachkommen.

2.4 Grenzen

Es ist vorgesehen, dass die EU und das Vereinigte Königreich nicht ohne Spaniens Zustimmung über Gibraltar verhandeln. Zwischen Nordirland und

Irland soll es keine „harte Grenze“ geben. Bis 2020 ist Zeit, um eine Lösung zu finden.

2.5 Kritik

Brexit-Gegner und Brexit-Hardliner sind mit dem Ergebnis unzufrieden. Der Brexit-Minister und andere Minister aus Mays Kabinett sind bereits zurückgetreten.

Hardliner:

Der Brexit wird auf die vereinbarte Weise kaum merklich von statten gehen und kann sich für immer hinziehen. Bis zum Vollzug muss sich GB den EU Regeln unterwerfen ohne mitreden zu können.

EU-Befürworter:

Es wird kein Sinn in einem Vertrag gesehen, der nur Verschlechterungen im Vergleich zu einer EU Mitgliedschaft enthält.

3 Ablauf des Austritts

Das Europäische Parlament muss dem Abkommen mit einfacher Mehrheit zustimmen (Inklusive der britischen Abgeordneten).

Der Rat der EU muss dem Abkommen mit qualifizierter Mehrheit zustimmen (exklusive der Minister des Vereinten Königreich). Die qualifizierte Mehrheit ergibt sich aus 72 Prozent der Mitgliedstaaten (mind. 20 Staaten), die 65 Prozent der Bevölkerung der 27 Mitgliedstaaten repräsentieren.

GB muss die Vereinbarung ratifizieren entsprechend ihrer Verfassung.

Eine Ablehnung im Dezember würde wahrscheinlich zu Neuwahlen in GB führen. Es könnte dann auch zu einem neuen Referendum kommen.

4 Referendum

4.1 Abstimmung

Das Brexit Referendum fand am 23. Juni 2016 statt. Das Resultat war mit 51,9% zu Gunsten des EU Austritts entschieden worden. Die Wahlbeteiligung lag bei 72%.

4.2 Stimmenverteilung

Schottland und Nordirland hatten eine Mehrheit gegen den Brexit. Wales und England dagegen eine Mehrheit dafür.

4.3 Leave

Die populistischen „Leave“ Campagnen von Tory-Mitglied Boris Johnsons und Ukip-Chef Nigel Farage hatten gezielt Unwahrheiten verbreitet um potentielle Leave Befürworter zu mobilisieren.

4.4 Anfänge

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges forderte Winston Churchill eine Art Vereinigte Staaten von Europa, allerdings ohne Großbritannien. GB trat erst 1973 unter wirtschaftlichem Druck der EWG bei.

4.5 Erstes Referendum

Bei dem ersten Referendum von 1975 sprachen sich 67% der Briten für einen Verbleib in der EWG aus.

4.6 Sonderbehandlung

Margret Thatcher setzte 1984 durch, dass GB einen Ausgleich für Zahlungen in den EU Haushalt erhält. Außerdem blieben die Briten beim Schengener Abkommen außen vor und schlossen sich nicht dem Euro an.

4.7 Ausgangspunkt

Als Ausgangspunkt für die negative EU Stimmung in GB wird die EU Schuldenkrise genannt und potentielle wirtschaftliche Folgen. Zusätzliche Stimmungsmacher waren Fragen der Einwanderung und die nationalstaatliche Identität. Die resultierende EU Skepsis veranlasste den konservativen Premierminister, David Cameron letztendlich das Referendum abzuhalten. Als Befürworter eines Verbleibs trat er als Reaktion auf das Ergebnis zurück. Theresa May setzte sich dann als Nachfolgerin durch.

Nachdem der Whistleblower Chris Wylie (früherer Director of Research) beweise für eine Einflussnahme durch die Firma Cambridge Analytica vorlegte gab es umfassende Untersuchung um die versteckte Beeinflussung der Bevölkerung über die sozialen Medien aufzudecken. In Folge der Untersuchungen musste sich das SCL Group Tochterunternehmen Cambridge Analytica auflösen. Es gab eine Diskussion über die Finanzierung politischer Kampagnen die zu weiteren Untersuchungen in anderen Ländern führte. Außerdem musste Facebook Chef Mark Zuckerberg sich vor verschiedenen Komitees verantworten.

4.8 Austrittsverfahren

Das Austrittsverfahren wird seit 2009 durch den Vertrag von Lissabon geregelt. Artikel 50, Absatz 1 des U-Vertrages legt fest, dass jeder Mitgliedsstaat im Einklang mit den eigenen verfassungsrechtlichen

Vorschriften austreten kann. Die Absätze 2-4 erläutern das Prozedere genauer.

5 EU Position

Einen freien Zugang zum Binnenmarkt werde nur bei Akzeptierung der vier Grundfreiheiten geben.

Außerdem ist die Beibehaltung des Status der in GB lebenden EU-Bürger von zentraler Bedeutung, sowie die Einhaltung aller bereits gemachter finanzieller Verpflichtungen.

Das Karfreitagsabkommen soll in allen seinen Dimensionen erhalten bleibe. Das heißt Nordirland und die Republik Irland sollen in einem gemeinsamen europäischen Rechts- und Wirtschaftsrahmen eingebettet sein.

EU-Kommissionschef Juncker hat deutlich gemacht, dass der ausgehandelte Vertrag nicht mehr verhandelbar sei.

6 Mögliche Modelle

6.1 EFTA (European Free Trade Assoziation)

Nahezu freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Personen. EU-Standards gelten, aber ohne Mitspracherecht GBs. Es gilt die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. Es fällt ein Beitrag zum EU-Haushalt an. Es können aber unabhängige Freihandelsabkommen geschlossen werden.

6.2 Schweiz:

Freier Waren- und Personenverkehr, aber nur partiell für Dienstleistungen. Der Kapitalverkehr ist nicht frei. Wesentliche EU-Standards werden übernommen und ein Beitrag in den EU-Haushalt ist fällig.

6.3 No-Deal:

Wiedereinführung von Zoll- und Passkontrollen. Betroffen wären vor allem Lieferketten.

Zum Beispiel in: Automobil-, Fleisch- und Pharmaindustrie.

Die Europäische Krankenversichertenkarte verliert Gültigkeit.

Keine Mitgliedschaft GBs in EU-Institutionen und Agenturen, z.B. Agentur für Flugsicherheit.

Die britische Wirtschaft wäre betroffen von schwachem Wirtschaftswachstum, Anstieg der Staatsverschuldung, Abwertung des britischen Pfunds, Preisverfall am Immobilienmarkt.

6.4 Verbleib

Unter die Befürworter eines Verbleibs fällt Labour-Chef Jeremy Corbyn. Er setzt auf ein Scheitern des Abkommens bei der Abstimmung im Dezember und hofft auf darauffolgende Neuwahlen.

Verbleib durch erneutes Referendum.

Die Ehemalige Tori-Bildungsministerin Justine Greening schlägt drei Auswahlmöglichkeiten vor:

1. Befürwortung der Brexit Vereinbarung.
2. Ablehnung der Vereinbarung und dann folgend darauf 3. Frage über den Verbleib.

Zeitlicher Rahmen: Das Referendum vom Juni 2016 hatte 13 Monate Vorbereitung gekostet.

Ein Zurücktreten vom Austritt ist im Vertrag von Lissabon nicht rechtlich geregelt. Juristen diskutieren ob der Rücktritt vom Austritt die Zustimmung der EU bedarf.

7 Fahrplan

- 14. November** May Kabinett billigt Austrittsabkommen
- 2018:**
- 25. November** Brexit Sondergipfel der EU-27
- 2018:**
- 11. Dezember** Abstimmung im britischen Unterhaus über das
- 2018:** Austrittsabkommen
- 13./14. Dezember** Letztes Treffen des EU-Rats in 2018
- 2018:** bis Mitte März 2019: EU Parlament stimmt über Abkommen ab.
- Im Anschluss beschließt der Rat der EU das Abkommen
- 21./22. März 2019:** EU Parlament ratifiziert Austrittsabkommen
- 29. März 2019:** Formeller Austritt. Falls das britische Unterhaus das Abkommen ratifiziert beginnt die Übergangszeit bis 2020. In dieser Zeit sollen die zukünftigen Beziehungen zwischen EU und GB verhandelt werden
- 30. März 2019:** Beginn der Verhandlungen über künftige Beziehungen
- Im Juli 2020:** Entscheidung über Verlängerung der Übergangsperiode
- 31. Dezember** Ursprüngliche Übergangszeit endet. Falls es bis dann keine
- 2020:** Übereinstimmung über ein Freihandelsabkommen gibt, setzt die Notfallregelung („Backstop“) ein, das heißt ein Verbleib GBs in der Zollunion

